

Erdöl-Vereinbarung bleibt bestehen

Die Vereinbarung, die die Ortsgemeinden Otterstadt und Waldsee und die Verbandsgemeinde Rheinauen im Jahr 2016 mit dem Konsortium aus den Firmen Palatina Geoon und Neptune Energy (vormals Engie E&P) über die geplante Erdölbohrung geschlossen haben, wird von Otterstadter Seite nicht gekündigt. Das hat der Ortsgemeinderat am Mittwoch mit einer knappen Mehrheit von acht zu sieben Stimmen beschlossen.

VON CHRISTINE KRAUS

Um welche Anträge ging es?

Ortsbürgermeister Bernd Zimmermann (CDU) möchte die Vereinbarung sofort kündigen. Als Hauptgrund führte er ein Erörterungsgespräch vom 23. April an, bei dem sich Vertreter der „IG Kein Öl“ mit dem Ministerialdirigenten Martin Orth im Beisein von Zimmermann getroffen haben. Orth habe nach Zimmermanns Aussage gesagt, dass das Vorhandensein der Kooperationsvereinbarung auf die zuständigen Behörden und Ministerien irritierend wirke. Das bestätigt die „IG kein Öl“ in einem Schreiben an Zimmermann, das dieser verlas. In einer Presseerklärung blieb es dagegen unerwähnt. Über dieses Gespräch unterrichtete Zimmermann die Fraktionen im Hauptausschuss einen Monat später und bat um Beratung über die Auflösung der Kooperationsvereinbarung, bevor das Landesamt für Geologie und Bergbau einen Bewilligungsbescheid, der die Probebohrung genehmigt, erlässt. Dies habe auch der Vorsitzende des Fördervereins zum Landschafts- und Umweltschutz in Otterstadt und Waldsee (FLUOW) gegenüber Zimmermann ange-regt. Zimmermann führte in seinem Antrag weiter an, dass eine Prüfung der Vereinbarung durch einen Rechtsanwalt ergeben habe, dass die Formulierungen zum Teil sehr unbestimmt seien. Der Ortsbürgermeister sieht Handlungsbedarf: „Wenn die Kündigung aufgeschoben wird, könnte inzwischen ein Bescheid für die Probebohrung ergehen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.“

Die Bürgerinitiative Otterstadt (BIO) hält eine sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung nicht für zwingend erforderlich und möchte den Bewilligungsbescheid abwarten, denn die Vereinbarung könnte noch von großem Vorteil für Otterstadt sein. Als Alternative zu einer Kündigung beantragt BIO, dass in einem gemeinsamen Schreiben von allen gemeindlichen Vertragspartnern, der IG kein Öl und FLUOW, Bündnis 90/die Grünen und BUND an das Amt für Geologie und Bergbau die ablehnende Haltung gegen die Erdölförderung deutlich gemacht wird. Außerdem soll die Verbandsge-

NILS ERKLÄRT

Wie Erdöl entsteht



Erdöl besteht aus den Überresten von toten, in der Regel sehr kleinen Lebewesen. Algen, Krebse und was sonst noch an Pflanzen und Tierchen im Meer vor Jahrmillionen lebte, sanken zu Boden, wenn sie abgestorben waren. Dicke Schichten von Sand, Lehm und Geröll deckten nach und nach alles zu. Weil jetzt der Sauerstoff fehlte, war der Zersetzungsprozess, wie es ihn sonst in der Natur gibt, unterbrochen. Die schweren Gesteins-, Sand- und Lehmschichten pressten das, was von der toten Materie übrig geblieben war, immer stärker zusammen. Parallel dazu stieg die Temperatur in der Tiefe. Dadurch fanden einige Bausteine des Lebens neu zusammen. Das zähflüssige Erdöl war fertig. In speziellen Fabriken, sogenannten Raffinerien, werden aus dem Erdöl nützliche Dinge wie Benzin, Diesel und Heizöl gemacht. [möl

meindeverwaltung auflisten, welche der in der Kooperationsvereinbarung festgelegten über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden Messungen und Maßnahmen erfolgt oder für die nahe Zukunft geplant sind. Nach Eingang des Genehmigungsbescheides soll weiter beraten werden.

Wie wurde abgestimmt?

Gegen die Kündigung waren Ratsmitglieder von BIO, SPD und FWG und ein CDU-Mitglied. Die Mehrheit der CDU-Fraktion wollte die Vereinbarung dagegen unverzüglich kündigen. Der Abstimmung vorausgegangen war eine heftige Diskussion, die nicht immer sachlich geführt wurde und auch zu Unruhe im zahlreich erschienenen Publikum führte. Über den Antrag von



Umstritten: Der geplante Bohrplatz nahe der Sandgrube. ARCHIVFOTO: LENZ



Drillbohrer: Sie kommen bei der Ölförderung zum Einsatz. ARCHIVFOTO: LENZ

BIO wurde nicht abgestimmt

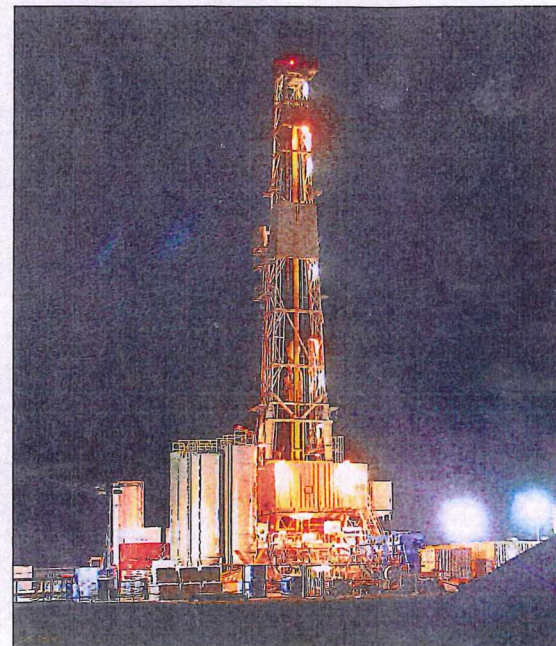
Lothar Ritthaler (CDU) begründete die Kündigung unter anderem mit Plänen, nach denen das Konsortium schon jetzt gegen die Vereinbarung verstoße, indem es die Probebohrung nahe am Dorf und nicht an der am weitesten entfernten Stelle vorsehe.

Laut Bernd Zimmermann hat der Vertragspartner gegen die Vereinbarung verstoßen.

„Der Vertragspartner hat maßgeblich gegen die Vereinbarung verstoßen“, ereiferte sich Zimmermann. Diese Pläne wiederum waren anderen Ratsmitgliedern und auch der Verwaltung nicht bekannt. Auf dem Platz für

die Probebohrung dürfen nach der Vereinbarung nur zwei Bohrungen gemacht werden. „Wenn die Vereinbarung gekündigt ist, dann können es auch mehr sein“, sagte Verbands-gemeinde-Bürgermeister Otto Reiland (CDU).

Lothar Daum (BIO) äußerte die Meinung, dass man mit der Kooperationsvereinbarung nicht etwas aufgeben solle, das viel Geld und Zeit gekostet habe und für die Gemeinde eventuell noch nützlich sein könnte. „Man kann doch auch etwas machen, das einem weiterhilft, obwohl man prinzipiell dagegen ist“, sagte Bianca Staßen (SPD) gegen Ende der Diskussion. Die Kooperationsvereinbarung enthalte viele Dinge, die umsetzbar sind, und dem Ort auch Vorteile bringen und nicht nur, wie Zim-



Imposant: ein Bohrturm in Speyer bei Nacht. ARCHIVFOTO: LENZ

mermann immer betone, Untersuchungsergebnisse des Grundwassers.

Was sagt die Verwaltung?

Im Verlauf der Diskussion meldete sich VG-Bürgermeister Reiland mehrfach energisch zu Wort und verwies Ortsbürgermeister Bernd Zimmermann in seine Schranken, als dieser die Sitzung unterbrechen wollte, um ein Mitglied der „IG Kein Öl“ zu Wort kommen zu lassen. „Uns hat es befremdet, dass ein Ministeriumsvertreter kommt und sagt, dass man bei der Landesregierung, die für die Genehmigung der Probebohrungen überhaupt nicht zuständig ist, irritiert über die Kooperationsvereinbarung ist“, so Reiland. Über die Genehmigung der Bohrung entscheide eine andere Stelle, nämlich das Landes-

amt für Geologie und Bergbau (Bergamt) unabhängig von privatrechtlichen Verträgen wie der Kooperationsvereinbarung. Reiland äußerte seine Verärgerung darüber, dass Zimmermann die Verwaltung zu dem Gespräch mit dem Ministeriumsvertreter nicht eingeladen und sie auch danach nur zufällig davon erfahren habe. „Ich erwarte, dass die Verwaltung informiert wird und die Zuständigkeiten erklärt werden“, sagte Reiland.

Wie geht es nun weiter?

Die Verbandsgemeindeverwaltung Rheinauen wird nun konkret sowohl beim Ministerium als auch beim Bergamt nachfragen, welche Auswirkungen die Kooperationsvereinbarung auf das Genehmigungsverfahren hat.